Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofsgasse Nr. 15.

Nr. 22.

Pränumerationspreise:
Für Laibach: Ganzj. N. 8'40;
Ausstellung im Haus ortl. 25 fr.
Mit der Post: Ganzj. N. 12.

Mittwoch, 28. Jänner 1880. — Morgen: Franz S.

Insertionspreise: Ein-
spaltige Zeitzeile 4 kr., bei
Wiederholungen 3 kr. An-
zeigen bis 6 Zeilen 30 fr.

13. Jahrg

Auf abschüssiger Bahn.

Vorgestern wurde im österreichischen Abgeordnetenhaus mit 158 gegen 142 Stimmen der Beschluss gefasst, die Grundsteuernovelle an den Ausschuss zurückzuweisen, nachdem der Berichterstatter der Ausschussmajorität in langweilig-gehaltloser Rede noch den Vorschlag gemacht, dass die neue Berichterstattung über den betreffenden Gegenstand innerhalb acht Tagen erfolgen müsse. Wir glauben nicht fehl zu gehen, dass in dieser Herabsetzung der vom Fürsten Lobkowitz auf vierzehn Tage beantragten Berathungsfrist auf acht Tage eben nur ein billiger Versuch zu erblicken ist, die gegen den Polenclub geschleuderten Verschleppungsvorwürfe zu entkräften. Jedenfalls wird man sehr gut thun, erst abzuwarten, in welcher neuen Gestalt die autonomistische Majorität des Steueraussschusses ihren Bericht vor das Plenum des Hauses leiten wird. Dass er nicht im Sinne der früheren Fassung der Grundsteuernovelle lauten wird, ist leicht zu ermessen. Denn in diesem Falle wäre ja die ganze Zurückweisung überflüssig gewesen. Wohl aber liegt der Gedanke nahe, dass die Autonomisten sich der Hoffnung hingeben, dass die Regierung nunmehr selbst die Hand zu einer den Polen angenehmen Abänderung ihrer Vorlage bieten werde. Eine solche Nachgiebigkeit würde auch der ganzen Haltung des Ministeriums Taaffe in der Grundsteuerfrage entsprechen, welche anfangs den Leiter des Finanzministeriums ein deficitloses Budget ausarbeiten ließ, in welchem der Betrag von 2 1/2 Millionen als Mehrertragnis der Grundsteuer infolge der Durchführung der Steuerreform figurirt, dann aber nicht den Muth fand, den Verschleppungskonträren der Polen in eben dieser Steuerfrage offen entgegenzutreten.

Zudem deuten auch mehrere andere Zeichen darauf hin, dass der Muth und die Zuversicht

der Autonomisten in ganz demselben Grade im Wachsen begriffen ist, in welchem die Regierung den festen Boden unter ihren Füßen verliert. Man weiß eben nur zu gut, dass eine Ausöhnung Taaffes mit der Verfassungspartei von Tag zu Tag unmöglicher geworden ist, und greift nun, nachdem das Coalitionsministerium den Autonomisten den Finger geboten, getroffen nach der ganzen Hand. „Fort mit allem, was an die ehemalige Herrschaft der Verfassungspartei erinnert!“ — so lautet jetzt die Parole der föderalistischen Liga, und bezeichnend genug richtet sich der Angriff dieser Partei in erster Linie gegen Minister Stremayr, der vielleicht nur seine Pflicht zu thun glaubte, als er dem Ministerium Taaffe seine Mitwirkung zusagte. Damals schon wurde von verfassungstreuer Seite bemerkt, dass es schwer sein dürfte, in einem Ministerium Taaffe den verfassungstreuen Grundsatz so zu verteidigen, wie es jedenfalls Pflicht eines Vertrauensmannes der Verfassungspartei gewesen wäre. Stremayr wurde auch fortan nicht mehr als solcher betrachtet. Doch nicht genug damit, die Führung mit jener Partei verloren zu haben, auf deren Schultern der auch von seinen Leibhüter Wählern im Stiche gelassene frühere Unterrichtsminister der Verfassungspartei zu seiner hohen Stellung emporstieg, wird der Justizminister und Leiter des Unterrichtsministeriums im Cabinet Taaffe nunmehr auch von den Autonomisten auf die Proscriptionsliste gesetzt. Die „Politik“ wirft ihm vor, dass er mit verzweifelter Zähigkeit an seinem Portefeuille hänge, und setzt ihm bei Gelegenheit der Budgetdebatte eine Behandlung durch die autonomistische Regierungspartei in Aussicht, welche ihm sein Verbleiben im Amte verleiden würde. An Vorspielen hiezu ist übrigens schon jetzt kein Mangel. Bereits vorgestern musste Stremayr im Budgetausschuss hören, dass die Sprachgleichberechtigung, wie er

sich dieselbe dankte, durchaus nicht mit den Anschauungen der Abgeordneten Reithammer und Glam übereinstimme, und dass sich dieselben vorbehalten, im Hause ihre diesbezügliche Meinung zu entwickeln. Was heißt das wohl anders, als dem Justizminister die parlamentarische Fehde ankündigen! Ohne Berührung mit seinen politischen Freunden wird Stremayr einem solchen Ansturm nicht zu widerstehen vermögen. Er wird fallen als ein Opfer seines verhängnisvollen Irrthums, der ihn bei Uebernahme der Pflichten eines Coalitionsministers in einem Ministerium geleitet, das sich seiner Entstehung nach entweder nur zu einem Ministerium der Rechten herausbilden konnte oder aber nach kurzer Lebensdauer einem solchen Platz machen musste.

Wir zweifeln nach den Erfahrungen der letzten Tage nicht mehr daran, dass die Completion des Ministeriums im Sinne der Autonomisten vor sich gehen wird. Die Herren haben Eile und denken nach einem Wiener Telegramm der „Politik“ bereits daran, den Ministerpräsidenten vor die Entscheidung der Frage zu stellen, entweder ihren Wünschen Rechnung zu tragen oder aber auf ihre Unterstützung zu verzichten. Denn nur so ist die Mittheilung des tschechischen Blattes aufzufassen, dass im Hohenwart'schen Club eine „einheitliche Manifestation gegen die Unentschiedenheit des Grafen Taaffe“ stattgefunden habe und dass die ganze Rechte „analog“ vorgehen werde. Wird Graf Taaffe den Muth haben, das Budget zur Berathung zu bringen, ohne dass er der Unterstützung seiner bisherigen Freunde gewiss ist? Wir glauben diese Frage nicht besser, als durch die Wiedergabe eines Urtheils der „Frankfurter Zeitung“ beantworten zu können, welche sich über die Lage unseres Ministerpräsidenten folgendermaßen ausspricht: „Graf Taaffe sieht ein, dass er sich in seinen politischen Berechnungen

Feuilleton.

Der Schattenriß eines Verbrechens.

Novelle von A. Jäger.

(Fortsetzung.)

Wollen wir ferner im Auge halten, dass die Aerzte nicht feststellen können, ob der Schrecken über den Anblick Fräulein Walpergs den Eintritt der Krämpfe beschleunigt habe, ja ob überhaupt der von der Wöchnerin ausgestoßene Schrei, der Sprung aus dem Bette nicht viel mehr dem Beginne des Deliriums, als der abergläubigen Furcht zuzuschreiben sind. Bedenken wir ferner, dass nach dem Ausspruche der Aerzte Frau von Rodensteins Zustand ein derartiger war, dass möglicherweise sogar ohne jede äußere Veranlassung eine Verschlimmerung eintreten konnte, so drängt sich uns die Ueberzeugung auf, dass wir für die Annahme eines gewaltigen Eingriffes in den Gang der Ereignisse keinerlei Gewähr haben, als die Aussagen einer Gemüthskranken, welchen alle äußeren Umstände widersprechen. Nach eigener Aussage stand Fräulein Walperg, als sie zum vollem Bewusstsein gelangte, in der Mitte des Krankenzimmers —

wohlgemerkt, in der Mitte des Zimmers; warum nicht bei dem Fenster? Es war gegen Ende Februar, ein kalter, stürmischer Abend — mußte die erste Berührung der kalten Luft nicht die das Fenster Oeffnende sofort aus ihrem Schummer oder ihrer Betäubung erwecken? Und wenn sie dieselbe nicht sogleich erweckte, wie konnte sie später aus größerer Entfernung diese Wirkung üben? Wir dürfen diesen Umstand nicht leichtsinnig übergehen, denn er unterstützt meine Annahme auf das wesentlichste, ja er führte mich zuerst darauf hin. Fräulein Walperg hatte auf ihrem Lager zur selben Zeit ein Frösteln empfunden, als sie den Hilferuf der Wöchnerin vernahm; dies war aller Wahrscheinlichkeit nach der Augenblick, in welchem der Sturm das Fenster aufriß. Fräulein Walperg erhob sich, betrat das Nebenzimmer und gelangte durch die auf sie eindringende Kälte alsbald zu klarem Bewusstsein. Diese Auslegung erläutert, wie Sie, meine geehrten Zuhörer, mir eingestehen werden, vollständig die Leoben aufgestellte Frage und steht im Einklange mit dem weiteren Verhalten der Angeklagten. — Als Fräulein Walperg gegen 1 Uhr nachts Herrn von Rodenstein und den Arzt von der eingetretenen Verschlimmerung benachrichtigte, fand man das Fenster geschlossen, die Wöch-

nerin mit allem versehen, was die ersten Hilfeleistungen erforderten, und Fräulein Walperg eifrig um sie bemüht.

Nach dem Tode der Wöchnerin fiel die Angeklagte in Ohnmacht und brachte mehrere Tage in heftigem Fieber zu. Dieser letztere Umstand nun sollte allein schon hinreichen, um die Anklage zu entkräften. Wer bürgt uns dafür, dass sich die Thatfachen in der erhitzten Phantasie einer Fiebernden nicht anders eingepägt haben, als sie in Wirklichkeit vor sich giengen? Fräulein Walperg machte sich Vorwürfe, gehofft, gewünscht zu haben, während ihre Freundin dem Tode nahe war; dies der Ursprung ihres Traumes. Einige Umstände dieses ängstlichen Traumes correspondierten mit der Wirklichkeit; als die ihrer Pflege Anvertraute verschied, wurde Fräulein Walperg von der Besorgnis ergriffen, sie habe nicht schnell genug Hilfe geleistet. In der Aufregung vermochte sie die Traumbilder nicht mehr von der Wirklichkeit zu unterscheiden, sie ward durch den Schrei und den Fluchversuch der Kranken in der Meinung bestärkt, sie sei dieser feindselig genah. Während des darauffolgenden mehrtägigen Fiebers ward sie von diesen Befürchtungen verfolgt, und als die Genesung eintrat, fand sich ihr Erinnerungsvermögen derart ge-

getäuscht; er erkennt, daß er sein Spiel so gut wie verloren hat; er fühlt, daß ihm die Fäden der Macht, einer nach dem andern, aus den Händen gleiten; er weiß, daß er, wenn er dem Drängen Hohenwarts nachgibt und das Ministerium aus der Rechten completiert, sehr bald alle Führung mit der Linken verlieren und auf Gnade und Ungnade der Rechten preisgegeben sein wird. Diese Erwägungen sind es, die ihn so unwirksam machen. Es widerstrebt ihm, für Hohenwart und Clam-Martiniß die Kohlen aus dem Feuer zu holen — denn daß diese nur warten, bis er völlig abgewirtschaftet, für einige der unpopulärsten Maßregeln die politische und moralische Verantwortung übernommen haben wird, ist ihm völlig klar — aber nichtsdestoweniger schickt er sich an, zu thun, was ihm widerstrebt.“

Oesterreich-Ungarn. Das „Vaterland“ will vernommen haben, daß die Ernennung eines der Rechten genehmen Unterrichtsministers noch vor Inangriffnahme der bosnischen Verwaltungsvorlage zu gewärtigen sei. Da die ungarische Delegation von dem Zustandekommen dieses Gesetzes die Unterbreitung des auf den Occupationscredit bezüglichen Beschlusses zur Sanction abhängig macht, so wird das Abgeordnetenhaus in kürzester Zeit diese Vorlage in Verhandlung ziehen, und die Besetzung dieses Ministerpostens müßte schon in den nächsten Tagen erfolgen.

In der vorgestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses kam der bekannte Antrag Mocsarys zur Debatte. Nachdem der Antragsteller denselben begründet, nahm Ministerpräsident Tisza das Wort, schilderte die Straßenumulte und gab zu verstehen, die Regierung werde bei Einbringung ihrer Vorschläge, wie die öffentliche Ruhe mit constitutionellen Mitteln aufrechterhalten werden könne, auch die Vertrauensfrage stellen. Nach Tisza sprach Desider Szilagyi von der gemäßigten Opposition; er verlangte, der Bericht des Ministers solle gedruckt und sammt den amtlichen Rapporten, auf welchen derselbe beruht, dem Hause vorgelegt werden, damit das Haus sich überzeuge, ob die Darstellung des Ministers den amtlichen Berichten entspreche. Tisza entgegnete, wenn die Majorität des Hauses zu seiner Darstellung kein Vertrauen hege, so möge sie es aussprechen, dann werde er unverzüglich zurücktreten und die Acten seinem Nachfolger übergeben. — Der Antrag Szilagyis auf Vorlage der amtlichen Daten wurde hierauf mit 146 gegen 113 Stimmen abgelehnt, dagegen die Drucklegung des ministeriellen Berichtes beschloßen

und deshalb die Fortsetzung der Verhandlung auf heute vertagt.

Wie der „Egypeteres“ wissen will, sollen sich die angekündigten Maßregeln der Regierung behufs Aufrechterhaltung der Ordnung auf das Versammlungsrecht und auf die Presse beziehen. Bestätigt sich diese Meldung, denkt Tisza wirklich daran, das Versammlungsrecht zu verkürzen und die Presse zu knebeln, so wäre er also ganz mit derselben Lebensaufgabe fertig geworden, welche den ehemaligen Achtundvierziger Dr. Bach als reactionären Minister enden ließ.

Italien. Die italienische Regierung hat sich infolge des ablehnenden Botums des Senates in der Wahlsteuerfrage in der That für die Komödie einer Schließung des vor fünf Tagen erst neu eröffneten Parlaments entschieden. Die Wiedereröffnung würde sofort, höchstens nach einer Pause von zwei, drei Tagen, stattfinden und die Wahlsteuervorlage neuerdings eingebracht werden. Gewonnen ist hiemit praktisch nichts, als einige Wochen Zeit, um über die augenblickliche Verlegenheit ohne formelle Vergewaltigung der constitutionellen Regeln hinwegzuhuschen.

Frankreich. Die ihrem wesentlichen Erfolge nach als gescheitert zu bezeichnenden Fusionsversuche in der französischen Kammer haben im Senate eine Gegenallianz aller bonapartistischen, royalistischen und orleanistischen Elemente zur Folge gehabt. Den getroffenen Vereinbarungen zufolge werden sich die genannten antirepublikanischen Gruppen behufs Förderung ihrer gemeinsamen, gegen die bestehende Staatsordnung gerichteten Ziele einem Executivcomité unterstellen, das aus 6 Legitimisten, 4 Orleanisten und 2 Bonapartisten gebildet ward. Wie allen politischen Allianzen gleichen Genres, ist auch dieser Liga der französischen Antirepublikaner nur eine kurze Existenz zu prophezeien. Sie wird, wenn nicht schon früher die principiellen Meinungsverschiedenheiten ihrer Mitglieder das gemeinsame Ziel der Bekämpfung der Republik in den Hintergrund drängen, in ihre Bestandtheile zerfallen, sobald es sich nicht mehr um die Zerstörung des Bestehenden, sondern um die Erreichung positiver Zwecke für die Zukunft handelt.

Im Senate hat übrigens der Kampf um die Unterrichtsgesetze bereits begonnen, und zwar ist es die Vorlage über den höheren Unterrichtsrath, die gegenwärtig discutirt wird. Dieselbe entfernt bekanntlich die Hierarchie aus dieser Behörde, die als eine reine Staatsinstitution constituiert wird. Herr v. Broglie nahm sich in der Sitzung vom 24. d. der Vertretung des Clerus in

der Aufsicht über die nationale Erziehung warm an, indem er, wie nebenbei alle Gegner der Unterrichts-gesetze, den Standpunkt der Freiheit vertrat, die diese Leute immer im Munde führen. Die Abstimmung wird mit einiger Spannung erwartet, denn sie liefert gewissermaßen ein Präjudiz für oder gegen den § 7, dessen Geschick im Senate noch keineswegs zweifellos ist.

Das Ministerium hat sofort nach dem Tode des Herzogs von Gramont dessen Briefschaften mit Beschlag belegt. Die Ursache zu dieser Verfügung ist der Abgang zahlreicher wichtiger Actenstücke im Staatsarchiv, welche der verstorbene Diplomat an sich genommen haben muß. Unter dem Empire hatten nämlich die am Ruder befindlichen Staatsmänner die Theorie aufgestellt, daß alle Documente, die sich auf vom Kaiser selbst geleitete Angelegenheiten beziehen, nicht Staatseigenthum seien, und daß sie mit denselben nach Belieben verfahren dürften. Man glaubt, daß die gegen Gramonts Nachlass eingeleitete Maßregel wohl nicht vereinzelt bleiben, sondern auch auf andere noch lebende napoleonische Staatsmänner ausgedehnt werden dürfte.

England. Die „Times“ kündigten eine Proclamation der Königin an, welche im Widerspruche zu den Absichten des ostindischen Suberniums den Rückzug der Engländer aus Afghanistan in Aussicht stellt. Motiviert soll dieser Entschluß mit der Erklärung werden, daß England keinen Krieg mit dem afghanischen Volke, sondern nur mit Schir Ali führte, und daß der Word Cavagnaris, um dessen Sühne es sich bei der letzten Expedition handelte, bereits an den Schuldtragenden gerächt sei. Darum werde sich die englische Armee nach Dschellalabad zurückziehen und den Afghanen gestatten, sich einen beliebigen Fürsten zu wählen. Die Königin gebe ihr Recht, einen Gesandten in Kabul zu behalten, auf und wolle dort nur einen Specialagenten mit einer Avantgarde-Armee erhalten. Während des Arrangements sollten die englischen Truppen in Kandahar bleiben, die Stadt selbst aber soll von Afghanen verwaltet werden. Schließlich würde die Proclamation erklären, England wüßte durchaus keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans. — Durch den Erlaß einer in diesem Sinne gehaltenen Proclamation wären die Wünsche erfüllt, welche die maßgebenden journalistischen Organe schon unmittelbar nach dem neuerlichen Vordringen der englischen Regimenter in das afghanische Bergland ausgesprochen hatten. Die Königin aber kann sich rühmen, daß sie die Stimme der öffentlichen Meinung für wichtiger halte, als die Einflüsterungen

schwächt, daß es ihr die Thatfachen nicht mehr von den Vorspiegelungen ihrer Phantasie zu trennen vermochte.“

Der Bertheidiger knüpfte an seine Darstellung eine den Mittheilungen berühmter Psychiater entnommene eingehende Schilderung solcher Fälle von Gemüthskrankheiten, welche, aus ähnlichen Umständen entstanden, die davon Befallenen mit den gleichen Vorspiegelungen beängstigt hatten, wie die, welche Frau von Rodenstein bewogen, sich des Mordes anzuklagen. Den Umstand, daß diese die Geburt ihres Kindes als ein Gottesurtheil betrachtete und aus seiner Krüppelhaftigkeit die Bestätigung ihrer Schuld zu ersehen vermeint hatte, stellt er als einen entschiedenen Beweis seiner Annahme eines Gemüthsleidens dar und hob hervor, daß Frau von Rodenstein, wirklich des Mordes schuldig, gewiß nicht dieses Umstandes und eines zwischen dessen Eintritte und dem Tode ihrer Vorgängerin liegenden Zeitraumes von nahezu zwei Jahren bedürft hätte, um sich zu vergewissern, ob sie schuldig sei oder nicht; er betonte ferner, daß ihr Zustand, der sich anfangs nur in einer erhöhten Reizbarkeit geäußert, sich erst nach und nach in tiefe Schwermuth verwandelt und nach dem Tode ihres Kindes, wahrscheinlich infolge der Aufregung und des Rum-

mers, in einem Grade gesteigert habe, welcher sie bewog, sich als Mörderin den Gerichten zu übergeben; alles Symptome, welche in Uebereinstimmung mit allen Erfahrungen der Psychiatrie vielmehr auf eine fortschreitende Geistesstörung, als auf eine thatsächliche Schuld hinweisen.

„Wir sehen uns hier,“ sprach der Bertheidiger am Schlusse seiner Rede, „einem jener Fälle gegenüber, welche die Prässiene eines Gerichtshofes sind, da zu deren Beurtheilung die ausgebreitetsten juristischen Kenntnisse nicht genügen. Eine bisher unbeachtete, als edel und gut bekannte Frau klagt sich an, eine ihrer Pflege übergebene Kranke aus Haß und Eifersucht durch das Oeffnen eines Fensters getödtet zu haben, und basiert ihre Aussage auf die von jener Kranken ihr im Angesichte der That entgegengeschleuderte Anklage: „Warum willst du mich tödten? ich habe dir doch nichts gethan!“

Alle äußeren Umstände sowohl als die Zeugenaussagen sprechen gegen die Anklage; das Gutachten der Aerzte gibt uns keine Aufklärung, ob ein feindlicher Eingriff in den Verlauf der Krankheit überhaupt stattgefunden, und welcher Art er gewesen sein müßte; kein fremdes Ohr hat die Beschuldigung der angeblich Gemordeten vernommen, kein Verdacht die Pflegerin getroffen.

Anstatt mit einer verbrecherischen That, haben wir es mit dem kaum erkennbaren Schattenrisse eines Verbrechens zu thun, und unsere Aufgabe muß dahin gerichtet sein, durch genaues Ergründen der psychologischen Momente jenen Schattenriß zum düster beleuchteten Bilde auszuführen oder mit sicherem Griff aus der geängstigten Phantasie der Angeklagten hinwegzuweisen. Es handelt sich hier nicht darum, auf Widerungsgründe gestützt, die Schuld einer Befallenen möglichst schonend zu beurtheilen, sondern der Unschuld ihre heiligsten Rechte, einer an sich Verzweifelnden Ehre, Ruhm und Selbstvertrauen wieder zu erstatten; diese edelste, diese erhabenste Pflicht eines Gerichtshofes liegt Ihnen heute ob. Ich sehe mit vollster Zuversicht dem Ausspruche der Herren Geschwornen entgegen; denn der Ruhm der Schwurgerichte bestand von jeher darin, in den verworrensten, von undurchdringlichem Dunkel umhüllten Fällen, von der moralischen Ueberzeugung geleitet, fest und sicher den einzig rechten Weg zu wandeln; dieser Weg aber kann im vorliegenden Falle nur zu der Freisprechung meiner Clientin führen.“

(Fortsetzung folgt.)

jener ostindischen Regierungskreise, welche sich von einem förmlichen Eroberungskriege gegen Afghanistan eben nur Vortheile für ihre nächste Umgebung versprechen durften.

Montenegro. Nach Mittheilungen der „*Öln. Ztg.*“ soll der Stillstand in dem Geplänkel zwischen den Albanen und Montenegrinern nicht nur durch die Bitterung und ähnliche äußere Gründe herbeigeführt worden sein, sondern hauptsächlich dadurch, dass sich die Montenegriner für die von ihnen unternommene Besitznahme der fraglichen Gebiete zu schwach fühlten und neue Kräfte sammeln wollen.

Ueber den Eindruck des letzten türkischen Rundschreibens betreffs Gusujez telegraphirt man aus Berlin, es habe Montenegro geschadet, dass es in seinen Ausführungen den Mächten gegenüber zwar die Herausgabe von Ruci-Krajina nicht geradezu verweigert, aber doch behauptet hat, die bezügliche Bestimmung des Berliner Friedens beruhe auf einem Irrthum der österreichischen Generalstabskarte. Dies kam der Pforte, die sich auf die Gegenseitigkeit der Festsetzungen berief und verlangte, dass auch Montenegro seinerseits den Vertrag ausführe, indirect zustatten.

Türkei. Während officiöse Wiener Briefe es ganz entschieden in Abrede stellen, als ob die österreichische Regierung in der Gusujez-Affaire irgend welchen Druck auf die Pfortenregierung ausgeübt habe, geht der „*Polit. Corr.*“ aus Constantinopel noch ferner die Nachricht zu, dass die von Montenegro erhobenen Entschädigungsansprüche von 2 Millionen Rüstungskosten gegen die Albanen kaum auf eine allgemeine Billigung der Mächte rechnen könnten. Es hieß auch, die europäische Großmuth gegen Montenegro etwas zu weit treiben, wenn man den Montenegrinern neben der Abtretung von zwei Cantonen auch noch eine Entschädigung für die Kosten der Besitznahme dieser Gebiete bewilligen wollte.

In Philippopel droht ein neuer Conflict. Infolge der Intervention zweier Consuln hat der Militärbevollmächtigte der Pforte, Streckler Pascha, den Militärofficieren die Theilnahme an einem zur Erinnerungsfeier an den Einzug der Russen am 16. Jänner abzuhaltenden Ballfeste, „aus Rücksicht auf die Pflichten der rumelischen Armee gegen den Sultan, den Herrscher des Landes“, untersagt. Trotzdem sind die Militärofficiere auf dem erwähnten Balle erschienen und haben dem Feste dadurch den Charakter einer politischen Manifestation und einer gegen den General Streckler gerichteten Demonstration gegeben. Der Zwischenfall gewinnt, wie man aus Philippopel schreibt, insofern thatsächliche Bedeutung, als er den Beginn der Feindseligkeiten zwischen dem General Streckler und den russisch-bulgarischen Elementen in Ostrumelien bezeichnet.

Russland. Von all' den Versöhnungsartikeln der letzten Zeit, welche sich mit der russisch-polnischen Frage beschäftigten, hat keiner die Sache richtiger erfasst und in klarerer Weise ausgeprochen, als ein Artikel des „*Solos*“, in welchem die Fruchtlosigkeit der Bestrebungen beleuchtet wird, den Frieden zwischen Russland und Polen durch theoretische Erörterungen und publicistische Schmeicheleien herbeizuführen: „Der wahre, aufrichtige Friede, d. h. die Vernichtung aller der Ursachen, welche die gegenseitigen Anklagen und Anschuldigungen hervorgerufen, kann nur erfolgen, wenn die gegenwärtige „Ausnahmestellung aufgehoben“, wenn der Fluch entfernt wird, der seit siebzehn Jahren auf den Polen lastet und bereits längst seine raison d'être verloren hat. Mit einem Worte, der Friede wird eintreten, wenn die Stunde schlägt, in der es Zeit ist, an Millionen Polen, die russische Unterthanen sind, die Gerechtigkeit auszuüben.“ — Leider ragen aber diese beherzigenswerten Sätze in ihrer praktischen Tragweite auch nicht über die Bedeutung theoretischer Erörterungen heraus. Denn mag auch der

„*Solos*“ die Zeit für gekommen erachten, in welcher Russland daran denken kann, an Millionen Polen, welche auch seine Unterthanen sind, Gerechtigkeit zu üben, so ist doch zu bemerken, dass diese Gleichstellung der Polen mit den übrigen Russen erst dann die erwünschten Folgen haben wird, wenn den russischen Unterthanen in ihrer Gesamtheit ein den Forderungen unseres Jahrhunderts entsprechendes politisches Dasein gesichert wird.

Vermischtes.

— **Wiener Silberlotterie.** Der Kaiser hat zu der für Zwecke des Frauen-Wohltätigkeitsvereins in Wien bewilligten, mit 500 Silbergewinnen reich dotierten Lotterie als Beigabe zu dem eine Heiratsausstattung mit 166 Gegenständen repräsentierenden Haupttreffer ein reich vergoldetes Speisefervice, sowie ein prachtvolles Glasservice gespendet. Die Ausgabe der Loie zu 50 Kr. ö. W. erfolgt durch die Kanzlei des Vereines in Wien, I., Grashofgasse Nr. 4.

— **Ritter v. Artus †.** Einer der verdienstvollsten Staatsmänner Oesterreichs ist vorgestern nach längerer Krankheit im 57. Lebensjahre an der Wassersucht gestorben. Sectionschef Anton N. von Artus, Protokollführer des Ministerraths und Leiter der Präsidialkanzlei im Ministerpräsidium, diente früher im Ministerium des Innern, in dessen Status er noch zählte, und war schon im Präsidialbureau des Ministeriums Schmerling thätig. Er war Ritter des Leopold-Ordens und des Ordens der Eisernen Krone dritter Klasse, Commandeur des badiſchen Löwen- und des preussischen Kronenordens und Officier der französischen Ehrenlegion. Schon seit einiger Zeit leidend, suchte er im vorigen Jahre auf längerem Urlaube Heilung, ohne dieselbe zu finden.

— **Das Testament des F. M. Ernst Freiherrn v. Hartung.** Der am 1. Oktober v. J. verstorbene F. M. Ernst v. Hartung hat sein ganzes Vermögen nach Abzug eines Legats von 2000 fl. an seine liebsten Kameraden vermacht. Dieselben sind: der gewesene Kriegsminister F. M. Franz Freiherr Ruhn v. Ruhnfeld, F. M. Ludwig Freiherr v. Pielsticker, F. M. Josef Freiherr Becse de Becse und G. M. Johann Freiherr v. Waldstätten. Die erwähnten 2000 fl. hat F. M. Hartung für seinen Diener bestimmt, der bei ihm bereits gegen 30 Jahre in Verwendung war. F. M. Freiherr v. Ruhn war durch mehrere Jahre der tägliche Partner des F. M. Hartung am Spieltische. Die anderen drei Generale haben jeder unter F. M. Hartung gedient. Die Hinterlassenschaft des F. M. Hartung besteht in einem Hause in der Leopoldstadt und einem Barvermögen von circa 80,000 fl. Erwähnenswert ist, dass mit Ausnahme des F. M. v. Ruhn die Erben des F. M. v. Hartung bisher ganz vermögenslos waren.

— **Ein flüchtiger Bürgermeister.** Wie der Wiener Polizeidirection mitgetheilt wird, ist Carl Reisinger, Bürgermeister zu Pöllau in Steiermark, nach Unterschlagung mehrerer tausend Gulden am 6. d. von dort flüchtig geworden. Reisinger ist 50 Jahre alt, groß, stark, beleibt, hat gut gefärbtes Gesicht und war anständig gekleidet. Die steckbriefliche Verfolgung des Defraudanten wurde angeordnet.

— **Vom Zürichersee.** Man schreibt aus Zürich, 24. d. M.: Ein seltenes Schauspiel — ein Schauspiel, das die Züricher seit 23 Jahren nicht mehr genossen haben, bietet seit gestern die bis zur Bauschanze zu Eis erstarrte Wasserfläche des Zürichersees. So weit das Auge reicht, sieht man nichts als eine große Eisfläche. Auch der Genfersee, der selten zufriert, beginnt innerhalb des Hasendammes zuzufrieren. Es würde unter den gegenwärtigen Umständen nur noch weniger kalter Tage bedürfen, um die ganze Rhede in eine Eisfläche umzuwandeln — ein Ereignis, das 1854 zum letztenmale vorkam.

— **Schmeichelhaft.** Bei dem Besuche des deutschen Kaisers und der Kaiserin im badiſchen Oberlande im Sommer des vergangenen Jahres ereignete sich folgender, jetzt von den „*Hamburger Nachrichten*“ mitgetheilte komische Vorgang: Ein Städchen rüstet in aller Eile zum Empfange der hohen Herrschaften, wie es in der Kürze der Zeit irgend möglich war. Außer den Spitzen der Behörden, der Feuerwehr u. waren auch Festfräulein im jungfräulichen Schmucke mit dem üblichen Bouquet zum Empfange anwesend. Harrend stand die Menge. Der Zug fährt ein, steht still, die hohen Herrschaften steigen aus. Die Kaiserin tritt nach kurzer Begrüßung auf die erste Festjungfrau zu, wohl ahnend, dass das Bouquet ihr gelte. Sie redet das Fräulein an: „Das Bouquet wird wohl für mich sein?“ Das Fräulein, sich einen Augenblick besinnend, nicht denkend, dass die Fragestellerin die Kaiserin ist, reicht das Bouquet mit den Worten hin: „Hal's isch mer ais (eins), wer's kriegt; do henn se's“ (da haben Sie es.) Die Kaiserin nahm's, dankte und lachte.

— **Ein Geheimmittel der Fürstin Bismarck.** Der Vorsitzende des Jagdvereins, der Rittergutsbesitzer des Districtes Carlsruhe, hat das nachstehende Circular an die Mitglieder erlassen: „Ihre Durchlaucht die Frau Fürstin Bismarck wünscht möglichst viele Eistern, aus denen Pulver gegen Epilepsie gebrannt werden soll, vor dem 18. d. zu erhalten. Euer Hochwohlgeboren gestatte ich mir daher ganz ergebenst die Bitte auszusprechen, so viele Eistern als möglich in Ihrem Revier schießen zu lassen und solche entweder direct an den Oberförster Lange zu Friedrichsruh oder hieher unfrankirt bis zum 18. d. senden zu wollen. Hochachtungsvoll u.“

— **Unglücksfall.** Kürzlich verunglückte in der „*Gambriunshalle*“ in Gmunden eine Kellnerin durch Explosion einer Petroleum-Lampe. Die Gäste hatten sich abends alle entfernt, die Kellnerin war mit ihrer Arbeit fertig und wollte nun das Licht auslöschen. Anstatt die Flamme abzudrehen, blies sie oben beim Cylinder hinein, der Docht war etwas zu wenig breit, dadurch bekam die Flamme Luft, schlug in das Petroleum, entzündete dies und explodirte. Im Nu stand die arme Person in Flammen. Sie rief die Diensthfrau, welche bereits schlief, zu Hilfe. Diese, fast im Hemde, eilte aus ihrem Zimmer herbei und weckte in ihrer Angst die Nachbarschaft. Ein Rutscher vom Herrn Geimelmair eilte ihr zu Hilfe, erstickte die Flamme mit Asche und riß ihr die Kleider vom Leibe, die bereits ganz verkohlt waren. Ein Bild des Jammers und schaudererregenden Anblickes für die wenigen, die den Muth hatten, sie zu besuchen, liegt sie nun da, dem voraussehbaren Tode entgegensehend, der in diesem Falle nur eine Wohlthat ist. Um das Maß ihres Unglücks und Schmerzes voll zu machen, genas die Unglückliche auf ihrem Schmerzenslager noch eines todtten Knaben.

— **Eine interessante Enthüllung** über den Prinzen Dulu. Im „*Pays*“ macht Paul de Cassagnac in einer Polemik mit Herrn Detroyat von der „*Estafette*“ folgendes merkwürdige Geständnis: „Sie sagen, dass der kaiserliche Prinz nie daran gedacht hat, eine Landung in Frankreich zu versuchen. Mir hat er zwanzigmal das Gegentheil gesagt; ich kann es jetzt erzählen, weil es nur noch der Geschichte angehört. Ich erinnere mich sogar, dass ich eines Tages, als ich ihn mehr als entschlossen sah, das Abenteuer gegebenen Falls zu unternehmen, ihm das eibliche Versprechen entriß, mich im voraus zu benachrichtigen.“

— **Warum verlangen Sie das von mir?** fragte der Prinz. — „Vielleicht, um sie davon abzuhalten,“ erwiderte ich, „wenn der Augenblick nicht günstig ist, und um an Ihrer Seite mich tödten zu lassen, wenn Sie in Ihrem Entschlusse beharren.“

— **In der Nacht zum 20. d.** ist in Mannheim das Haus, in welchem Rugebue einst von dem Studenten Sand getödtet wurde, niedergebrannt.